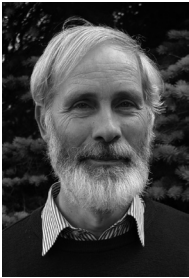


«Ich möchte einfach dazugehören, einfach akzeptiert werden. So wie ich bin.»

## Überlegungen anstelle eines Vorworts

Dr. Manfred Budzinski



Die obige Aussage eines Angehörigen der so genannten Zweiten Generation von Eingewanderten in diesem Buch könnte das Motto für die oft viel beschworene „Integration“ und auch für dieses Buch sein. Es ist eine Meinung von vielen. Die meisten Beiträge in diesem Buch stammen von jungen Heranwachsenden aus „Migrantenfamilien“ oder aus Familien, in denen ein Elternteil einen „Migrationshintergrund“ hat, also aus „binationalen“ Ehen oder Partnerschaften. Ihre Erfahrungen, Meinungen und Wünsche sind so unterschiedlich und facettenreich, wie die Gesellschaft ist, ohne jeglichen Anspruch auf Repräsentativität. Die Heranwachsenden wurden gezielt und willkürlich ausgesucht und angefragt. Der Großteil der Beiträge wurde in den Jahren 2007/2008 geschrieben. Hauptsächlich kommen die angeblich nicht integrierten oder sich „nicht integrieren wollenden“ „TürkInnen“ zu Wort, ebenso die „schon ewig integrierten“ „ItalienerInnen“. Aber Vorsicht mit diesen Zuschreibungen und Schubladen! In diesem Buch werden solche Zuordnungen nicht unterstützt. Davon können Sie sich anhand der Beiträge der Jugendlichen überzeugen, die so unterschiedlich wie Menschen eben sind. Allen, die Beiträge für dieses Buch zur Verfügung gestellt haben, möchten wir herzlich danken.

Kurt Tucholsky stellte zu Recht fest: „Sage mir, wie ein Staat mit seinen Minderheiten und seinen politischen Gegnern umgeht, und ich sage dir, was für einen Kulturstandard er hat.“ Die Aussagen vieler Jugendlicher in diesem Buch stellen, wenn man diese Messlatte anlegt, unserer Gesellschaft, unserem Staat kein gutes Zeugnis aus: Wenn hier Geborene und Aufgewachsene die Stadt, in der sie leben, nicht als „ihre Stadt“ bezeichnen, wenn „voll Integrierte“ mit Abitur und Studienabschluss sich dennoch nicht akzeptiert

und dazu gehörig fühlen, wenn ein Jugendlicher das Flugzeug zwischen Deutschland und der Türkei als seinen Lieblingsplatz bezeichnet. Dies weist auf eine Art „Dazwischengefühl“ hin. Warum? Was sind die Gründe?

„Der alarmierende Befund, insbesondere im Hinblick auf die Zukunftsperspektiven von einer Million ausländischer Kinder und Jugendlicher im Bundesgebiet, macht umfassende Anstrengungen dringlich, um größten individuellen und gesamtgesellschaftlichen Schaden abzuwenden ... Aufbauend auf dieser Beurteilung konzentrieren sich die Vorschläge ... auf eine konsequente Integrationspolitik mit folgenden Schwerpunkten: ... erhebliche Intensivierung der integrativen Maßnahmen vor allem für die Kinder und Jugendlichen, d. h. im Bereich der Vorschule, Schule und berufliche[n] Bildung ... Selbst die Hauptschüler mit Abschluss bleiben ... wegen der dann allgemein höheren Anforderungen für eine qualifizierte Tätigkeit noch chancenlos, so dass ohne eine gravierende Verbesserung der Situation nahezu die Gesamtheit der ausländischen Kinder und Jugendlichen in die Gefahr gerät, weiter in eine totale Pariarolle hineinzuwachsen.“

Dieser Auszug aus einem öffentlichen staatlichen Papier stammt nicht aus dem Mitte Juli 2007 vorgestellten Nationalen Integrationsplan (NIP). Er stand im „Kühn-Memorandum“ des 1. Ausländerbeauftragten der Bundesregierung vom Februar 1979. Von dem 1978/1979 gleichzeitig erarbeiteten Maßnahmenkatalog finden sich zahlreiche Forderungen im jetzigen NIP wieder. Ähnliches findet sich aber auch im „6. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer“ von 2005. Über 30 Jahre nach dem Kühn-Bericht eine ähnliche Analyse! Ein Skandal? Ist denn in der Zwischenzeit nichts passiert?

Doch, es hat sich schon Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre viel bewegt. Es gab viele Projekte, für ein Jahr und Jahr für Jahr neue, z. T. ohne wirkliche Auswertung über Erfolg/Misserfolg vor der Entscheidung für die nächsten Projekte. Es ist nicht wenig geschehen, aber es war weitaus nicht ausreichend, es wurde nicht flächendeckend um-/durchgesetzt und es war nicht unbedingt das Richtige. Dies sage ich vor dem Hintergrund meiner ehren- wie hauptamtlichen Erfahrungen im Migrationsbereich seit 1975. Selbst Bundeskanzlerin Merkel wies im Mai 2007 darauf hin, dass das Thema Integration zu lange auf die lange Bank geschoben worden sei und ein Umdenken notwendig sei (vgl. FAZ, 07.05.2007).

Zwei zentrale Punkte fallen mir beim Rückblick besonders auf, die auch entscheidende Gründe für die Situation vieler Menschen mit Migrationshintergrund wie auch der deutschen Mehrheitsgesellschaft sind.

Zum einen gab es Jahrzehnte lang in der politischen Diskussion starke Signale der Ablehnung wie etwa Bundeskanzler Kohl 1983 mit seiner Forderung „Zahl der Ausländer halbieren“. Überfremdungsängste wurden geschürt,

teilweise von wissenschaftlicher und publizistischer Seite bis hin zu vielen Wahlkämpfen. Zahlreiche Scheindebatten, z. B. zur Leitkultur, die ihre Ergebnisse bis jüngst in den Entwurf des Grundsatzpapiers einer Volkspartei einfließen ließen, verunsicherten ebenso wie unterschiedliche Aussagen im NIP, im Zuwanderungsgesetz und im novellierten Aufenthaltsgesetz (worauf ich noch eingehen werde) an die Eingewanderten und ihre Nachkommen wie auch in Richtung deutscher Mehrheitsgesellschaft. Aus „kein Einwanderungsland“ wurde kurzzeitig auch bei einigen Unionspolitikern ein Einwanderungsland. Nun heißt es „Integrationsland Deutschland“ mit größer gewordenen Integrationshürden für die Betroffenen als bisher, wie der Integrationsbeauftragte des Berliner Senats im Mai 2007 für Jugendliche feststellte. Wenn bei Programmen etwas schief geht, wird oft gleich von Scheitern der Integration gesprochen. Im hessischen Landtagswahlkampf 2008 gab es den Versuch des Ministerpräsidenten Koch, Stimmungen gegen „MigrantInnen“ auszuschlachten. Die Einladende zum „Integrationsgipfel“, Bundeskanzlerin Merkel, unterstützte seine Kampagne, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung schwieg. Man muss sich manchmal fragen, wie ehrlich die Integrationsdebatte geführt wird.

Der zweite Punkt bezieht sich auf den oft noch immer nicht als Normalfall Migration verstandenen Sachverhalt und die zum Teil abstrusen oder naiven Vorstellungen von Integration in Politik und Gesellschaft wie etwa die Forderung nach Verschmelzung bis zum Unsichtbarwerden. Wo gleichzeitig andernorts China Towns wie in San Francisco und New York gerade auch für Deutsche die Touristenattraktionen bilden. Wer jahrelang die Ablehnung zu spüren bekam, soll jetzt endlich seine „Bringschuld“ erfüllen, sich gefälligst integrieren, sonst ..., ja, sonst drohen Sanktionen. Nur besitzt niemand in unserer (und in anderen) Gesellschaft(en) die Messlatte für gelungene Integration! Integration = wer nicht auffällt? = wie Deutsche sein? Aber wie welche Deutsche? Integration bedeutet einen lebenslangen komplexen Prozess, über mehrere Generationen hinweg, wie wir aus den klassischen Einwanderungsländern wissen, verlangt also einen sehr langen Atem, viel Energie, Geduld, Engagement und auch Mittel. Das Erstürmen von „Integrationsgipfeln“ lehne ich damit nicht ab, es kann aber auch berauschen, und wo bleibt das umsetzende „Fußvolk“ und was geschieht an den Tagen danach?

Es gilt, viel mehr als bisher, aus Einwanderungsländern die Erkenntnis zu übernehmen, zu würdigen, ja zu verinnerlichen, „dass die Einwanderung dort gesellschaftliche Dynamik und auch wirtschaftliches Wachstum bewirkt hat“ (Oberndörfer in: „Migration und soziale Arbeit“, 2, 2007, 5. 104), von USA bis Spanien. Dem steht das gesellschaftliche Bewusstsein bei Umfragen entgegen, wenn sich bei einer solchen im Auftrag des STERN Mitte 2007 52 % der befragten Deutschen gegen eine vereinfachte Zuwanderung von hoch qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland aussprachen. „Zugleich haben die

Bürgerinnen Deutschlands innerhalb der durch die Rechtsprechung und das Grundgesetz bestimmten Grenzen das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung. Auch Deutsche dürfen sich ursprünglich fremden Religionen und Kulturen zuwenden und diese Freiheit liegt im wohlverstandenen langfristigen Eigeninteresse der christlich gebundenen Bevölkerung - Schutz der Freiheit ihres eigenen religiösen Bekenntnisses gegen Bevormundung durch den Staat oder gesellschaftliche Gruppen“. (Oberndörfer, a.a.O., 5. 101)

Vier Bereiche möchte ich nun ansprechen, dies sowohl die erwähnte Ambivalenz als auch dringend anstehende gesellschaftspolitische Veränderungen verdeutlichen. Bernardino Di Croce geht in dem Schlusskapitel, getragen von seinen bald 50 Jahren Erfahrungen als Migrant, ausführlich darauf ein.

- 1) Durchaus positive Maßnahmen auf dem „Integrationsgipfel“ am 12.07.2007, aber wenige Tage vorher Verschärfungen im neuen Aufenthaltsgesetz. Dass dies zu Protesten und dem Fernbleiben beim Gipfel durch mehrere türkische Verbände führte, kann niemand verwundern, schon gar nicht die Bundeskanzlerin. Denn diese erhielt bereits im März 2007 einen offenen Brief mit Unterschriften von 21 Migrantenorganisationen (fast alle waren am Integrationsgipfel beteiligt) zu den von ihnen befürchteten ausländerrechtlichen Verschärfungen. Ist es etwa keine diskriminierende Verschärfung, wenn als eine Auflage für den Ehegatten-Nachzug ein Sprachtest für Menschen aus der 3. Welt und z. B. aus der Türkei eingeführt wird, für Ehegatten aus Australien, Israel, Japan, Kanada, Südkorea, Neuseeland und USA jedoch nicht, mit der Begründung, die Zuwanderung der Letzteren sei erwünscht? „Nichts macht so bitter wie das Gefühl, nicht willkommen zu sein“, meint Peter Sloterdijk zu Recht. Wenn die Angebote an Deutsch-Sprachkursen in manchen Ländern, wenn überhaupt vorhanden, dann viele Hundert Kilometer von den Betroffenen entfernt existieren. Selbst wenn dieser Gesetzesteil vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben sollte, hat es dennoch verheerende integrationspolitische Auswirkungen. Die einen sind erwünscht, die anderen nicht, obwohl deren Ehegatten schon lange hier leben, ja zum Teil schon hier geboren sind! Außerdem ist es sehr fraglich, ob damit Zwangsverheiratungen, die als Grund für diese Gesetzesänderung herhalten mussten, unterbunden werden können.
- 2) Die OECD hat festgestellt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund (wenn ihr Name darauf hindeutet) bei gleicher Qualifikation wie deutsche Jugendliche drei- bis viermal so viele Bewerbungen schreiben müssen, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden. Offene Diskriminierung wie auch fehlende Netzwerke sind wohl die wesentlichen Gründe. Dazu kommt, dass über ein Drittel der 20- bis 30-

jährigen mit Migrationshintergrund keine Berufsausbildung hat. Es ist deshalb eine große gesellschaftliche Herausforderung (im Übrigen auch für nicht wenige deutsche Jugendliche geltend!), dafür zu sorgen, dass diese Jugendlichen und Herangewachsenen eine Lebensperspektive erhalten und nicht über Jahrzehnte von öffentlichen Leistungen abhängig werden. Ursula Boos-Nünning verweist hierzu in ihrem nachfolgenden Beitrag insbesondere auf die Aufgaben von Wissenschaft und Politik.

- 3) Die OECD hat neben der Ausbildung auf die Notwendigkeit von Einwanderung nach Deutschland gesprochen, weil Fachkräfte fehlen, weil sich dies aufgrund der demographischen Entwicklung noch verschärfen wird. Auf Letzteres haben ernst zu nehmende WissenschaftlerInnen seit vielen Jahren hingewiesen. Wirtschaft und Gewerkschaften sprechen sich für eine leichtere Zuwanderung von Fachkräften aus, auch die Bundesbildungsministerin, die fast gleichzeitig im Deutschen Bundestag für eine Beibehaltung der kaum überwindbaren 85.000,- € Einstiegsjahresgehalt für ausländische Fachkräfte stimmte. Ein falsches Signal, wenn es um den „Kampf um die Köpfe“ geht. Zudem müssten endlich die Vorschläge der Süßmuth-Kommission von 2000/2001 mit einem Punkte-System für Einwanderung (in Anlehnung an langjährige Erfahrungen anderer Einwanderungsländer) umgesetzt werden, außer man will Deutschland für die nächsten Jahrzehnte im europäischen und globalen Wettbewerb immer mehr ins Hintertreffen geraten lassen, was ich niemand in der Politik unterstelle.
- 4) Aus den neuen EU-Staaten, z. B. Bulgarien oder Rumänien, hier lebende Bürger dürfen nach kurzer Zeit auf kommunaler Ebene wählen. Menschen etwa aus der Türkei, aus Tunesien und Marokko, die schon über 40 Jahre hier leben, wie auch ihre hier geborenen, inzwischen erwachsenen Kinder, dürfen dies bis heute nicht. Eine wahre Herausforderung für unsere demokratische Gesellschaft. Bleibt zu hoffen, dass niemand diese Situation für weitere Jahrzehnte anstreben wird. Das „politische Zwangszölibat“ für nichtdeutsche EinwohnerInnen muss also schnellstens beendet werden. Rita Süßmuth wies im Zusammenhang mit dem Integrationsgipfel auf den Widerspruch hin, dass zwar VertreterInnen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und von MigrantInnen-Organisationen miteinander sprechen, sie aber nicht miteinander entscheiden. Wir haben hier ein ernstes Demokratiedefizit und heben uns damit, auch innerhalb der EU, nicht positiv von anderen Ländern ab. Schon Aristoteles wusste: »Haben sie keinen Anteil an der Staatsgewalt, wie hätten sie da Anhänglichkeit an die Staatsgewalt?«

Bei der Männer-Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland galt das Motto: Die Welt zu Gast (!) bei Freunden. Wir in Deutschland werden von außen als weltoffen und unverkrampft wahrgenommen und empfunden. Das ist gut so. Doch manchmal kommen bei mir leise Zweifel auf, wenn ich dieses Motto höre und sehe und gleichzeitig an die öffentlichen Diskussionen und Nachrichten der vergangenen Jahre denke. Vieles wäre da zu kommentieren und diskutieren, wie z. B. die Debatte über die „Leitkultur“ und die Forderung, dass nicht alle nicht-deutschen Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten sollen, oder die Aussage, „verweigerter Integration“ - was ist das und wer definiert es? - zu bestrafen, oder die Ergebnisse der PISA-Auswertung, dass Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule „abgehängt“ werden. Die „Welt zu Gast bei Freunden“ – und Eingewanderte bzw. hier Geborene mit Migrationshintergrund zu Gast bei? In der Stuttgarter Zeitung vom 30. Juni 2006 stand ein großer Bericht mit der Überschrift „Italienische Kinder sprechen immer schlechter Deutsch“. Die Schulbürgermeisterin wird als vom „schlechten Bildungsniveau“ der italienischen Kinder und Jugendlichen „komplett überrascht“ zitiert. Ich bin es nicht, denn dies ist seit über 30 Jahren in Stuttgart und Baden-Württemberg bekannt. Initiativen, Eltern und Schulen/LehrerInnen haben immer wieder darauf hingewiesen, Änderungen im Bildungssystem gefordert und Vorschläge dazu gemacht. Das italienische Generalkonsulat verdeutlicht in diesem Buch, wie schwierig selbst jetzt noch die Situation für „italienische“ Kinder und Jugendliche ist.

### **Was ist also zu tun?**

Eine künftige Zuwanderungs- oder Einwanderungs- und Integrationspolitik kann nur und muss offensiv und einladend auf die Eingewanderten zugehen. Das bedeutet auch, dass die aufnehmende Gesellschaft gleichzeitig diese Zuwanderung als gemeinsamen Gewinn versteht. Allerdings genügen allein ökonomische oder demographische Gründe nicht für eine gelingende Einwanderungspolitik. Schließlich wollen Eingewanderte im positiven Sinne nicht nur als „Problemlöser“ verstanden werden. Sie sollen und wollen sich selbst aktiv an der Gestaltung dieser Gesellschaft beteiligen, zu der sie sich dann hoffentlich zugehörig fühlen (können). Zu klären bleibt also weiterhin die wichtige, spannende und immer wieder zu stellende Frage nach dem Wie des Zusammenlebens.

Deshalb möchte ich die Lehren aus der Geschichte mit kultureller Vielfalt die Notwendigkeit und die Spannung in diesem Prozess unterstreichen. Klaus Bade, viele Jahre an der Universität Osnabrück lehrend und forschend, schrieb Anfang Oktober 2006 in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (40-41/2006, 4.10.2006) zu „Integration und Politik“:

„Es gibt für Fragen der Integration keine maßgeschneiderten ‚Lehren der Geschichte‘. Die Integrationsgeschichte ist kein Steinbruch mit passgerechten Antwortblöcken für Fragen der Gegenwart, aber sie lehrt das Gebot der

Geduld: Man sollte lernen, heute laufende Integrationsprozesse auch im Sinn von Kultur als Prozess, das heißt unter der Folie von Integration als lange dauerndem, mitunter intergenerativem Kultur- und Sozialisationsprozess zu verstehen. Dieser Prozess ist für die Einwanderer eine lebenslange Aufgabe und übersteigt nicht selten sogar die lebensgeschichtliche Dimension. Dies belegt die inzwischen auch in Deutschland gängige Rede von den Einwanderern der zweiten und dritten Generation. Es geht also nicht um das Schreckbild der dauerhaften Nicht- oder Desintegration in ‚Parallelgesellschaften‘. Es geht um die richtige Mitte zwischen der nötigen Forderung nach Integrationsbereitschaft der Zuwanderungsbevölkerung, klarer politischer und rechtlicher Rahmensetzung und der Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft zum Erlernen des Umgangs mit kultureller Differenz bzw. kultureller Vielfalt.“

Gerade die Beiträge der Jugendlichen mit „Migrationshintergrund“ in diesem Buch, mit ihren Hoffnungen, Wünschen und Ängsten belegen diesen Prozess. Sie unterstreichen die Notwendigkeit der Veränderung in der „Mehrheits“- und in der „Minderheits“-Gesellschaft. Und sie stellen ein Stück Deutschland, Migrationsgeschichte und Migrationsalltag in Deutschland dar. Damit sie einen Platz in der heutigen und in der zukünftigen Gesellschaft haben. Denn „Suche nicht, sie dir gleich zu machen, denn das Leben geht nicht rückwärts und verweilt nicht beim Gestern“. (Khalil Gibran)

*Dr. Manfred Budzinski*

1946 in Gelsenkirchen geboren. Nach Ausbildung im Bereich der Sozialversicherung Abitur, Studium der Sozialwissenschaften, Anglistik und Pädagogik in Bochum und Berlin, Industriesoziologie und Geschichte der Arbeiterbewegung in London und Coventry (M.A. Industrial Relations). Promotion an der Freien Universität Berlin zum Dr. rer. pol. 10 Jahre Ausländerreferent beim Diakonischen Werk der EKD. Seit 1988 Studienleiter in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Autor mehrerer Veröffentlichungen und Bücher zum Thema Migration und Integration in Deutschland.